

Jürgen Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847 – 1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung (= Industrielle Welt, Bd. 11), Stuttgart 1969, 639 S., Linson, 80 DM.

Der Verfasser, ein jüngerer Historiker aus der Schule Gerhard A. Ritters, der methodisch jedoch auch stark beeinflusst ist von dem »Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte« um W. Conze und R. Koselleck, macht in seinem großen Buch über »Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft bei Siemens« ernst mit einer von der heutigen Geschichtswissenschaft immer erneut vorgetragenen Forderung: nämlich der nach Abkehr von der überkommenen Staatengeschichte und Hinwendung zu einer Geschichte der Gesellschaft, die Aussagen über die in ihr agierenden relevanten sozialen Gruppen zu machen vermag. Der Gegenstand dieser Untersuchung ist die Entwicklung des Siemens-Konzerns von den Anfängen im deutschen Vormärz bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914. Kockas »Anatomie eines Unternehmens während fast 70 Jahren seiner Existenz« (S. 30) fußt primär auf dem umfangreichen Archivmaterial des Werner-von-Siemens-Instituts in München. Dennoch ist diese Arbeit – und hier wurde der eigene Anspruch glänzend eingelöst – weit mehr als eine traditionelle Firmengeschichte, die immer der Gefahr ausgesetzt ist, auf eine wenig differenzierte Apologie ihres Gegenstandes hinauszulaufen. Bewußt legt der Verf. sein Unternehmen als eine »Art Fallstudie« an, die den firmenhistorischen Ansatz mit allgemeinen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen verknüpft. Die Beziehung zwischen den Abläufen bei Siemens und der allgemeinen ökonomischen, sozialen und zum Teil auch politischen Entwicklung bleibt während der Darstellung immer gewahrt. Zwei Problemkomplexe insbesondere sind es, an denen der Verf. das Beziehungsgeflecht von »Partikularem und Universalem« zu greifen sucht: Einmal wird am Beispiel Siemens das für die Ausbildung des modernen »organisierten Kapitalismus« entscheidend gewordene Phänomen »Industriebürokratie« diskutiert. Max Weber hatte die These von der Universalität bürokratischer Strukturen aufgestellt, d. h. eine partielle Identität staatlicher und industrieller Bürokratie behauptet. Mit dieser These setzt sich Kocka kritisch auseinander, und er fragt danach, inwieweit die Institution des Privateigentums ein uneingeschränktes Durchsetzen der unternehmensinternen Bürokratisierungstendenzen verhinderte. Mit dem Problem Industriebürokratie hängt eng der zweite »soziologische Untersuchungsbereich« dieser Arbeit zusammen: die Erforschung von Entstehung, Erscheinungsformen und Struktur der Angestelltenschaft. Sie war der eigentliche Träger des Bürokratisierungsprozesses im industriellen Bereich. Der Verf. fragt danach, warum sich das Selbstverständnis dieser sozialen Gruppe als ein »Beamten selbstverständnis« darbietet; die Anwendung des Beamtenmodells auf das Personal industrieller Bürokratien wird von ihm auf ihren rationalen Kern wie auch auf ihre ideologische Funktion hin überprüft.

Die Arbeit ist chronologisch gegliedert, und zwar in lockerer Anlehnung an den (heute gängigen) Versuch, »Trendperioden« (»lange Wechsellagen«) zur zeitlichen Gliederung längerer wirtschafts- und sozialhistorischer Abläufe zu benutzen. So behandelt das erste Kapitel die Entwicklung des Siemens-Konzerns in der Aufschwungsperiode der zweieinhalb Jahrzehnte vor 1873, in die die erste Phase der deutschen Industrialisierung fiel; Kap. 2 beschäftigt sich mit dem Depressionszeitraum von 1873 – 1896 und Kap. 3 mit der bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs andauernden Aufschwungsphase. Innerhalb dieser drei chronologisch gegliederten Teile folgt die Darstellung systematischen Gesichtspunkten. Diese sind jeweils: sozio-ökonomischer Hintergrund; Überblick über die Firmenentwicklung; Arbeiter- und Werkstatt-

verhältnisse; Leitungsorganisation; Privatbeamten-Angestelltenschaft. In zwei Schlußkapiteln wird der Versuch gemacht, die am Beispiel Siemens gewonnenen Erkenntnisse über Angestelltenschaft und Industriebürokratie zu verallgemeinern, um so auch ein tiefergreifendes Verständnis für die politische und soziale Entwicklung in Deutschland zu gewinnen.

Es ist nicht ganz ersichtlich, warum der Verf. für seine Arbeit die oben skizzierte chronologische Dreiteilung gewählt hat. Die Aufschwungs- bzw. Stagnationsphasen der Elektroindustrie, deren Entwicklung vornehmlich von dem Moment des technologischen Fortschritts abhängig gewesen ist, fügen sich keineswegs in den gesamtwirtschaftlichen Rhythmus ein. Darüber hinaus bildet bei Siemens der Rücktritt des Firmengründers – Werner von Siemens – von der Unternehmensleitung (1890) eine wichtige Zäsur. Hätte der Verf. für seine Darstellung ein spartenspezifisches und auch firmengeschichtlich relevantes Gliederungsprinzip gewählt, wären manche Überlappungen – insbesondere in den systematischen Teilen – zu umgehen gewesen; die Arbeit hätte an Dichte gewinnen können.

Diese Kritik vermag jedoch den positiven Gesamteindruck, den diese Untersuchung hinterläßt, nicht zu mindern. Ihre Stärke ist es, kritische Detailschilderung der Unternehmensentwicklung zu verbinden mit einer diese transzendierenden problemgeschichtlichen Perspektive. Industriebürokratie und Angestelltenschaft sind die beiden leitenden Hinsichten, unter denen das Wachsen der Firma Siemens vom im wesentlichen von den Erfindungen ihres Gründers abhängigen Handwerksbetrieb bis zum Großkonzern beschrieben wird. Es ist nicht zufällig, sondern vielmehr Ausdruck der sozialen und ideologischen Kluft zwischen Arbeitern und Angestellten, daß sich für den frühen Angestellten der Begriff »Privatbeamter« einbürgerte. Kocka überprüft den damit behaupteten Anspruch auf Identität zwischen staatlichem und nicht-staatlichem Personal an Hand der objektiven Situation der industriellen Beamten. In der Frühphase der deutschen Industrialisierung hatte der Angestellte in der Tat einen beamtenähnlichen Status. Er war z. B. nicht wie der Arbeiter einer strengen Zeitkontrolle unterworfen. Diese fehlende »Fremdbestimmung« fand jedoch in der Forderung des Unternehmens nach Einsatz seiner »ganzen Person« ihr Gegengewicht. Das Verhältnis Angestellter – Unternehmer durchbrach als Vertrauensverhältnis das kapitalistische Tauschprinzip; die für den Arbeiter typische Kongruenz von meßbarer Leistung und Entlohnung galt für den Angestellten nur bedingt. Kocka zeigt sehr gut, in welchem Maße der frühe Angestelltenstatus als »unternehmerisches Herrschaftsmittel« eingesetzt wurde: durch die »Differenzierung der Arbeitnehmerschaft« hatte das Unternehmen die Möglichkeit, die Zugehörigkeit zu mittleren und höheren Schichten zu gewähren oder zu versagen. Im Zuge der industriellen Entwicklung beschleunigte sich jedoch der Prozeß, der den ursprünglich beamtenähnlichen Angestellten dem Typ des Lohnarbeiters anglich; quantitative Zunahme der technischen und kaufmännischen Büroangestellten, Spezialisierung, Überqualifikation und Angebotsdruck, die Verschärfung von Fremdbestimmung und innerbetrieblicher Kontrolle (Dienstordnung von 1899), proletarische Tendenzen der Verdienstentwicklung – im Jahre 1912 gab es bei Siemens (AG) von 2 909 Angestellten nur 83 leitende mit überdurchschnittlichem Verdienst – dies sind die Momente dieses Prozesses. Obwohl vom Arbeitsprozeß her eine Angestelltenprivilegierung sich nicht mehr vertreten ließ, hielt die Unternehmensleitung weiterhin – wenn auch modifiziert – am Prinzip einer differenzierenden Personalpolitik fest, nicht zuletzt um sich ein »Reservoir von Angestelltenloyalität« zu erhalten. Der Sozialexperte der Firma Siemens, Dr. Fellingner, formulierte dies 1910 so: »Wirft man die Angestellten mit den Arbeitern zusammen,

so konstruiert man künstlich einen Gegensatz zwischen dem Unternehmen und den Angestellten und eine Gleichartigkeit zwischen den Angestellten und den Arbeitern, die nicht vorhanden sind, die aber dadurch gefördert werden! Man fördert die Geschäfte der Sozialdemokratie« (S. 511). Am Beispiel Siemens zeigt Kocka einen Zusammenhang auf, der, worauf die Gründung des »Deutschen Privat-Beamten-Vereins« 1881 und die Agitation für ein »Angestelltenversicherungsgesetz« 1911 verweisen, von gesamtgesellschaftlicher Relevanz war; die in der sozio-ökonomischen Entwicklung angelegte Schrumpfung der Differenz von Arbeitern und Angestellten führte zu einer Protestbewegung der letzteren, die das private Unternehmertum ebenso wie der pseudo-konstitutionelle deutsche Staat für die Aufrechterhaltung des politischen und gesellschaftlichen status quo ausnutzten. Der Weg der deutschen Geschichte ist nicht zuletzt dadurch entscheidend mitgeprägt worden, daß den »Feudalisierungstendenzen vieler deutscher Unternehmer die Verbeamtungstendenzen ihrer Angestellten entsprachen« (S. 535). Ebenso wie es Kocka gelingt, die Gründe durchsichtig zu machen, die es verhinderten, daß – gleich den Arbeitern – auch die soziale Gruppe der Angestellten sich als eine kapitalabhängige begriff, zeigt sein Buch auch, daß die fortschreitende Bürokratisierung des industriellen Bereichs keineswegs dessen Herrschaftsstrukturen abbaute; sie wurden nur sublimiert – direkte Herrschaft ging jetzt auf in ein von den Interessen des Unternehmens bestimmtes System gesetzter Regeln. Subtile Auswertung des umfangreichen Quellenmaterials, gedankliche Dichte und Scharfsinnigkeit der Interpretation lassen diese Untersuchung geradezu als paradigmatisch für eine moderne deutsche Sozialgeschichte erscheinen. Dirk Blasius

Franz F. Wurm, *Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland 1848 – 1948*, Verlag C. W. Leske, Opladen 1969, 317 S., 24 DM.

Franz Wurm schildert in der Darstellung »Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland 1848 – 1948« die beiden ersten Phasen des Industriezeitalters, die Perioden des »Aufbaus« und der »Expansion«. Motivationen und Anlaß für diese Gesamtdarstellung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in dem Jahrhundert des Untersuchungszeitraumes sieht der Verfasser in der gegenwärtigen Zäsur der zweiten industriellen Revolution und dem Beginn der dritten Phase des Industriezeitalters, der Periode der Automation, der elektronischen Datenverarbeitung und der Atomkraft.

Im Vorwort kennzeichnet Wurm Leitthesen und Auswahlprinzipien seiner Arbeit (S. 9 f.).

So sind für ihn die beiden ersten Phasen der industriellen Revolution unter sozial-ökonomischem Aspekt dadurch gekennzeichnet, daß menschliche Arbeit »rein ökonomische Tätigkeit im persönlichen Interesse des einzelnen wirtschaftenden Menschen« war, daß in der Wirtschaft »der Produktionsüberschuß zwecks Expansion und Intensivierung wieder in die Produktion zurückgeleitet« wurde und daß im Zuge des gesellschaftlichen Strukturwandels »an die Stelle der Klassengesellschaft« die »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« trat. Das für den Autor durchgängig verbindliche Auswahlprinzip liegt in seiner Intention, neben den eine Periode kennzeichnenden Besonderheiten die Entwicklungslinien herauszustellen, die auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Wirklichkeit der Gegenwart hinzielen (S. 86).

F. Wurm kombiniert in seiner Gesamtdarstellung vornehmlich Methoden und Ergebnisse tradierter Geschichtsschreibung und folgt somit einer Linie in der deutschen